

Stiftung| 24.06.2016 - 14:45

Europa aus der Vertrauenskrise führen



Nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union wird Deutschland eine besondere Verantwortung zukommen, die EU zusammenzuhalten, meint Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung für die Freiheit. Das Ergebnis des Referendums sei bedauernswert, müsse aber respektiert werden, betont er in einem Kommentar für "freiheit.org" [1]. "Uns Deutschen werden unsere britischen Nachbarn in der EU fehlen, auch wenn sie ihr gegenüber immer so misstrauisch waren. In manchen Punkten auch zurecht." Gerhardt plädiert dafür, dass Europa transparenter wird, sich wieder auf seine Kernaufgaben konzentriert und sich darum bemüht, das Vertrauen der Bürger in die europäische Idee zurückzugewinnen.

"Es darf bezweifelt werden, ob sich die Hoffnungen die bei unseren britischen Nachbarn mit dem Austritt verbunden worden sind, so realisieren werden. Ganz zu schweigen von den wirtschaftlichen Erwartungen", so Gerhardts Fazit zum Ausgang des Referendums. Seine alte Rolle werde Großbritannien jedenfalls in der internationalen Politik nicht in alter Stärke wiederfinden. Kurzum: Das Vereinigte Königreich habe sich für einen äußerst unsicheren Weg entschieden.

"Die Mitgliedsstaaten der EU stehen vor der Herausforderung, Europa aus dieser Vertrauenskrise zu führen", gibt Gerhardt zu bedenken. "Deutschland als größtem Mitgliedsstaat wird hier eine besondere Verantwortung zukommen, die EU zusammenzuhalten. Dies ist im ureigenen deutschen Interesse, denn unser Land profitiert sehr von der europäischen Einigung." Europa sei übrigens immer mehr als ein Binnenmarkt gewesen: "Das europäische Projekt ist der Garant für Frieden auf unserem Kontinent. Dieses kostbare Gut gilt es heute mehr denn je zu bewahren."

Ein trauriger Tag

In einem weiteren Kommentar für "freiheit.org" [2] erläutert Karl-Heinz Paqué, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stiftung, wie sich Europa in den kommenden Monaten und Jahren verändern müsse. Vor allem brauche die EU mehr Zusammenarbeit im Großen und weniger Regulierung im Kleinen, ist er überzeugt. Zu den wichtigsten Bereichen der Kooperation gehörten die Globalisierung der Märkte, die Terrorismusbekämpfung und gemeinsame Sicherheitspolitik, die Eindämmung autokratischer Tendenzen, die Kontrolle der Außengrenzen und Gestaltung der Einwanderung, die Energieversorgung und die Koordination der Finanzpolitik.

"Die Schuldenkrise in der Eurozone und die Flüchtlingskrise sind dafür zwei deprimierende Beispiele, bei denen sich die EU über Jahre in frustrierendem Flickwerk verstrickte, statt entschlossen gemeinsam zu handeln. Eben dies wollen die EU-Bürger – und zwar nicht nur auf dem Kontinent, sondern auch im Vereinigten Königreich", stellt Paqué klar. Was die EU-Bürger aber nicht wollten, seien willkürliche Eingriffe in ihre kommunale, regionale und nationale Entscheidungsfreiheit.

Quell-URL: https://www.liberale.de/content/europa-aus-der-vertrauenskrise-fuehren

Links

[1] https://www.freiheit.org/content/deutschland-wird-eine-ganz-besondere-verantwortung-zukommen-die-eu-zusammenzuhalten [2] https://www.freiheit.org/content/ein-trauriger-tag-die-briten-gehen